

Gundelfingen, 5. Mai 2023

Die ÖPNV-Anbindung Gundelfingens soll besser werden

Ein Bürgerentscheid dazu steht an

Der Arbeitskreis Mobilität im Bürgertreff Gundelfingen bereitet ein Bürgerbegehren vor, um die Planungen zur Weiterführung der Straßenbahnlinie 4 bis Gundelfingen, Untere Waldstraße, wieder aufzunehmen. Damit soll für alle BürgerInnen die Erreichbarkeiten der Ortsmitte zum Besuch bei Handel, Gewerbe, Dienstleistern, Schulen, Ärzteschaft, Apotheken usw. verbessert werden. Auch Freiburger BürgerInnen kann man mit einer durchgehenden Straßenbahnverbindung zum Einkauf oder Arztbesuch in Gundelfingen motivieren.

Derzeit ist die Gundelfinger Ortsmitte mit dem ÖPNV nur schwer erreichbar. Die Busverbindungen haben maximal einen Halbstundentakt und sind umständlich; mit der Straßenbahn von Freiburg kommend, muss man zusätzlich an der Endhaltestelle Gundelfinger Straße auf den Bus umsteigen, um über einen Umweg in die Ortsmitte zu gelangen. Daher müssen die Planungen zur Weiterführung der Straßenbahnlinie 4 mit Anschluss an die S-Bahn in Gundelfingen wieder aufgenommen werden.

Die ersten Planungen dazu datieren bereits in die 80er Jahre zurück. Die Teilstrecke von der Gundelfinger Straße bis zur Unteren Waldstraße ist der letzte von vier Bauabschnitten, die seinerzeit aus der Freiburger Innenstadt bis nach Gundelfingen, Untere Waldstraße, als Regionalverbindung mit Anschluss an die S-Bahn geplant waren und als solche auch mit hohen Bundeszuschüssen finanziert wurden. Die ersten drei Teilstücke (Herdern, Zähringen I und Zähringen II) sind zwischenzeitlich fertig gestellt, wozu auch Gundelfingen mit seinen Beiträgen zum Zweckverband Regio Freiburg über die Kreisumlage beigetragen hat. Der Zweckverband, dem neben der Stadt Freiburg auch die beiden Landkreise Emmendingen und Breisgau-Hochschwarzwald angehören, hat diesbezüglich die Planungshoheit und ist grundsätzlich verpflichtet, auch die vierte

Teilstrecke - bis Gundelfingen, Untere Waldstraße - zu realisieren, da diese Gesamtplanung der hohen Bezuschussung durch den Bund und durch das Land BW zugrunde lag.

Dazu hat der Gemeinderat Gundelfingen bereits 1986 sowie 1991 Beschlüsse gefasst, die aber nur halbherzig umgesetzt und nicht weiterentwickelt worden sind (Freihaltung der Straßenbahn-Trasse und Verlängerung der Straßenbahn durch Gundelfingen). Die Gemeinde hat seitdem in Betracht kommende Grundstücke ganz oder teilweise in ihren Besitz gebracht oder mit Bauauflagen belegt, um die geplante Straßenbahn-Trasse durch die Ortsmitte freizuhalten.

Nunmehr gilt es, diese Planungen wieder aufzugreifen, sie an die aktuellen technischen Erfordernisse anzupassen und in die Realisierungsphase der Straßenbahnverlängerung einzutreten. Innerhalb Gundelfingens wird dadurch die Erneuerung bestehender Infrastruktur (Wasser-, Abwasser-, Strom- und TeleCom-Leitungen pp.) berührt, die ohnehin demnächst ansteht. Insoweit besteht auf jeden Fall Handlungsbedarf für die Gemeinde. Um sich zukunftssträftig aufzustellen, braucht die Gemeinde auch dafür Planungssicherheit.

Wir brauchen aber auch aus übergeordneten Gesichtspunkten ein Umdenken in unserem

Mobilitätsverhalten. Der Klimawandel ist nach Einschätzung aller Fachleute das zentrale Zukunftsproblem der Menschheit. Er beschreibt die langfristigen, global wirkenden Veränderungen wichtiger Parameter wie Temperatur, Niederschlagsmengen, Meeresströmungen etc. Diese Veränderungen wurden in den letzten Jahrzehnten durch zahlreiche wissenschaftliche Studien und Beobachtungen weltweit nachgewiesen. Nachdem sich die Erde während der mehr als 4 Milliarden währenden Geschichte nur langsam entwickelt hat, stellen Forscher seit dem Beginn des Anthropozän eine dramatische Veränderung der Umweltfaktoren fest. Dessen Beginn liegt etwa in der Mitte des 20. Jahrhunderts, dem Zeitpunkt, seit dem der Einfluss der Menschen auf die Erde exponentiell wächst und langlebige Spuren hinterlässt: die große Beschleunigung wirtschaftlicher Aktivität und des Ressourcenverbrauchs, Bevölkerungswachstum, Explosion des Einsatzes von Erdöl, Erdgas und Kohle, Entwicklung der Erosionsraten, Kunstdüngereinsatz in der Landwirtschaft, Flugasche, Aluminium- und Beton- sowie viele Plastikpartikel in den Sedimenten, oberirdische Atombombentests sowie globaler Transport von Tier- und Pflanzenarten in bis dato nicht gekanntem Umfang.

Insbesondere die massive Zunahme des Verkehrs spielt dabei eine gravierende Rolle. Alleine in der EU wurden im Jahr 2020 rund 682 Millionen Tonnen Kohlendioxid durch die Verbrennung von Kraftstoffen im Straßenverkehr ausgestoßen. Der Individualverkehr (Pkw und Motorräder) verursachte mit 61 % den größten Teil der Emissionen. Auf Lkw und Busse entfielen 28 %, weitere 11 % auf leichte Nutzfahrzeuge. Insgesamt war der Straßenverkehr für 29 % aller CO₂-Emissionen der EU im Jahr 2020 verantwortlich, 1990 lag dieser Anteil noch bei 17 %. Während der CO₂-Gesamtausstoß

seit 1990 um 35 % sank, erhöhten sich die CO₂-Emissionen im Straßenverkehr im gleichen Zeitraum um 12 %. Zwar tragen bessere Motoren und Abgastechik sowie die Verwendung neuer Kraftstoffe zur Verringerung des Schadstoffausstoßes bei. Diese Maßnahmen werden jedoch durch das steigende Verkehrsaufkommen sowie durch die zunehmende Zahl hochmotorisierter Fahrzeuge mit vergleichsweise hohem Kraftstoffverbrauch mehr als aufgewogen. Die EU-Kommission will daher die CO₂-Emissionen im Straßenverkehr bis zum Jahr 2030 deutlich senken. Dieses Ziel kann durch nur koordinierte Maßnahmen auf allen Ebenen erreicht werden. Es liegt auf der Hand, dass wir lokal die CO₂-Belastungen am stärksten senken können, indem wir moderne und zukunftsorientierte Mobilitätskonzepte entwickeln, die insbesondere durch einen klugen und schnellen Ausbau des ÖPNV geprägt sind.

Die Straßenbahn ist dafür ein hervorragend geeignetes, laut Umweltbundesamt besonders effizientes Verkehrsmittel. Damit sie im Jahr 2035 auch umweltfreundlich und weitgehend barrierefrei durch Gundelfingen rollen wird, müssen wir jetzt wieder in die Planungen einsteigen.

Man lässt sich in der Straßenbahn chauffieren, ohne sich auf den Verkehr konzentrieren oder Parkplätze suchen zu müssen. Die Verlängerung der Straßenbahn wird die Mobilität und Lebensqualität aller BürgerInnen verbessern und die Umweltbelastungen in der Ortslage durch Verkehrslärm und Luftverschmutzung verringern. Gut mit den Planungen zur Verlängerung der Straßenbahn verzahnt, kann das entstehende Quartier Nägelesee Nord optimal an den öffentlichen Personennahverkehr angebunden werden.

Die Straßenbahn im Ort ermöglicht durch die enge Taktung ein „Fahren ohne Fahrplan“ und ergänzt die S-Bahn; nur sie bietet auch in Stoßzeiten ausreichende Kapazitäten für den Weg zur Schule und zur Arbeit und stellt

damit eine echte Alternative zum Auto dar; sie reduziert so den Pkw-Verkehr, den Verkehrslärm, die Abgas- und Feinstaubbelastung im Ort erheblich. Eine Straßenbahn durch die Ortsmitte steht für mehr Lebensqualität und weniger Unfallgefahren für Kinder und schwächere Verkehrsteilnehmer. Sie bietet mehrere Haltestellen, die von mehr als der Hälfte der BürgerInnen Gundelfingens in fünf Minuten zu Fuß zu erreichen sind. Eine modern konzipierte Straßenbahn fügt sich mit zeitgemäßer Planung sanft in das Ortsbild ein, ohne die Ortsmitte zu zerschneiden. Sie schafft einen wichtigen Zubringer für unser Ortszentrum zum Einkaufen, zu den Praxen, zur Gastronomie und zu Veranstaltungen. Der Verbrauch an oberirdischen Park- und Stellplätzen wird dadurch reduziert. Wir planen und bauen die Straßenbahnverlängerung jetzt und für uns alle - vor allem aber für die Zukunft unserer Kinder und Enkel.

Daher plant der AK Mobilität derzeit einen Bürgerentscheid dazu, der die Gemeinde

dazu verpflichten soll, an den Zweckverband Regio-Nahverkehr Freiburg heranzutreten, damit dieser die Planungen für eine Verlängerung der Straßenbahnlinie von der Haltestelle Gundelfinger Straße über die Alte Bundesstraße bis in die Untere Waldstraße wieder aufnimmt.

Die Gemeindeverwaltung Gundelfingen kann unter Einsatz vorhandenen Personals kostenneutral an den Zweckverband herantreten. Alle relevanten Planungsunterlagen liegen der Gemeinde vor.

Die Planungs- sowie Baukosten für die Straßenbahnverlängerung werden weitgehend vom Zweckverband getragen, der dafür Zuschüsse vom Land BW sowie vom Bund beantragen kann, die in erheblichem Maße fließen werden. Gundelfingens finanzielle Belastung wird sich hingegen in einem überschaubaren Rahmen bewegen und zudem primär die Erneuerung von Infrastruktur betreffe, die ohnehin in Zukunft ansteht.

Informationsangebote

Der AK Mobilität betreibt eine Webseite als zentrale Anlaufstelle für die BürgerInnen, um sich zum Fortgang des Bürgerbegehrens zu informieren und über die Kommentarfunktion auszutauschen:

<https://straba-gufi.de>

Finanzierung der Bürgerinitiative

Zur Finanzierung des Vorhabens haben die Mitglieder des AK Mobilität bislang eigene finanzielle Mittel eingebracht. Sie freuen sich aber auch, wenn interessierte BürgerInnen ebenfalls zur Finanzierung beitragen. Dazu kann man gerne an den Bürgertreff Gundelfingen/AK Mobilität (Spendenkonto: IBAN DE47 6806 4222 0000 2567 06, Stichwort: SPENDE an AK Mobilität) spenden; diese Spenden sind steuerlich absetzbar.

Weitergehende Informationen zum AK Mobilität

Im Bürgertreff Gundelfingen e.V. hat sich Anfang 2021 der Arbeitskreis Mobilität konstituiert, in dem sich ca. 15 Personen unterschiedlicher beruflicher Herkunft - aber mit vielfältigen Kompetenzen - vernetzen, treffen, diskutieren, austauschen etc.

Zielsetzung des AK Mobilität ist es, den politischen Prozess zu Erreichung der ambitionierten Vorgaben der Pariser Klima-Konferenz sowie die seitens der EU, des Bundes sowie des Landes BW auf lokaler Ebene mit zu gestalten, diesen ehrgeizigen Prozess zu akzelerieren und zugleich die Bürgerschaft dabei mitzunehmen. Parteipolitische Erwägungen sollen dabei außen vor bleiben. Die Mitarbeit im AK Mobilität steht allen BürgerInnen offen.

Der AK Mobilität steht im Kontakt mit dem Bürgermeister, dem Gemeinderat, den politischen Parteien, der Klimaschutzmanagerin der Gemeinde, dem lokalen Stromversorger und der Öffentlichkeit.

Der AK Mobilität verfolgt inhaltlich folgende Ober-Ziele:

- *Mobilitätsangebote*
möglichst verbessern
- *fossilen Energieeinsatz und CO₂-Ausstoß*
deutlich senken, möglichst auf null reduzieren
- *Lebensqualität*
für möglichst viele BürgerInnen im Ort steigern
- *soziale Gerechtigkeit*
mit verbesserten Mobilitätsangeboten erhöhen